Dienstag, 2. August.

Der Westfälische Merkur erscheint täglich zweimal, an Sonn- und Feiertagen sowie Montags einmal.
Redaktion: Lütkegasse 1—3. Sprechstunden 10—11 Uhr vorm.
Telegramm-Adresse: Merkur, Münsterwestf.
Fernspr.: Red. 203. 151 u. 3217, Geschäftsstelle 3217 u. 3218.
Anzeigenpreis:
Der Raum für die Anzeigenspalte 36 mm breit, 1 mm hoch, 40 ₰; für die Reklamespalte, 90 mm breit, ℳ 1,80, ohne jeden Teuerungszuschlag.
Anzeigen-Annahme: In Münster Königstraße 59 sowie sämtliche Annoncen-Bureaus des In- und Auslandes.

Westfälischer Merkur.

Begründet 1822. **Abend-Ausgabe.** 100. Jahrgang.

1921. — Nr. 353.

Bezugspreis:
Monatlicher Bezugspreis für Münster, 5,— ℳ frei ins Haus gebracht; bei den deutschen Postanstalten ebenfalls 5,— ℳ einschließlich Bestellgeld, bei zweimaliger Zustellung.
Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Einzelnummer: Zu haben in der Geschäftsstelle, den Zeitungskiosken, an den Bahnhöfen ꝛc. das Stück 20 Pfennig.
Geschäftsstelle: Königstr. 59. Geöffnet vorm. v. 8—12½ Uhr, nachm. v. ½3—6 Uhr. Postscheckkonto: Amt Cöln 14 622.

∞ Also am 8. August!

WTB. **London**, 1. Aug. Wie Reuter erfährt, hat Briand heute vormittag den Vorschlag, die Tagung des Obersten Rates am 8. August in Paris stattfinden zu lassen, zustimmend beantwortet. Lloyd George, Lord Curzon und andere Regierungsmitglieder werden am Montag abreisen. Es herrscht hier die Empfindung, daß die Tagung nur wenige Tage dauern werde, da die britischen Minister in London dringendes zu erledigen haben. Der italienische Ministerpräsident und der italienische Außenminister werden ebenfalls in Paris sein.

*

Von Mitte Juli auf Ende Juli verschoben, dann für den 1. August angekündigt und jetzt auf den 8. August verlegt! Es war sehr schwer, für diese Konferenz überhaupt ein Anfangsdatum zu finden. Es wird noch viel schwerer sein, die sachliche Verständigung zu erzielen. Denn bis jetzt liegt nichts vor, was als Ansatz zu einem gedeihlichen Ausgang der Konferenz begrüßt werden könnte.

Der „gemeinsame Schritt in Berlin" ist eine hohle Demonstration ohne alle praktische Bedeutung. Briand will damit die französische Eitelkeit beschwichtigen. Bei genauer Prüfung könnte man sogar daran zweifeln, ob in dem „gemeinsamen Schritt" wirklich eine Genugtuung für Frankreich steckt. Es wird freilich der deutschen Regierung eine Art von Rippenstoß versetzt, aber gerade in der „Gemeinsamkeit" der Aufforderung liegt eine Verleugnung des französischen Versuchs, durch ein eigenmächtiges Vorgehen ohne Zuziehung Englands und Italiens die Truppenfrage zu regeln. Es lohnt sich aber gar nicht, diesen luftigen Kloß auf der Brühe genauer zu untersuchen. Wie gönnens auch den Franzosen ganz gern, wenn sie sich durch die Berufung des Obersten Rates nach Paris geschmeichelt fühlen sollten. Was scheren uns die Demonstrationen und die sonstigen Aeußerlichkeiten? Worauf es uns ankommt ist die Rettung von Oberschlesien und die Aufhebung der Rheinsanktionen.

In dieser Hinsicht hat sich die Lage noch nicht geändert. Man kann nicht sagen, daß Lloyd George bereits umgefallen sei, wenn er auch den Franzosen etwas Höflichkeit gewährt hat. Doch ebensowenig kann man sagen, daß die Machthaber in Paris ein sachliches Zugeständnis gemacht hätten. Nicht einmal auf die Truppenverstärkung haben sie verzichtet; geschweige denn auf die Grenzlinie nach den polnischen Wünschen. Auch die Aufhebung der Rheinsanktionen bleibt noch gänzlich im Ungewissen. Manche befürchten sogar, daß Briand, nachdem er einige scheinbare Zugeständnisse gemacht, um so zäher auf den Rheinsanktionen bestehen werde.

Nun hat Lloyd George die Gelegenheit der Enthüllung eines Kriegerdenkmals benutzt, um eine Rede über die Verständigung zwischen England und Frankreich zu halten. Die Rede hat einen schönen und einen bedenklichen Teil. Recht hübsch klingt die Versicherung, daß England in der europäischen Frage für Mäßigung eingetreten sei, weil dieser furchtbare Krieg den Wert des Friedens erkennen gelehrt habe. Daran knüpft er die Mahnung: „Seien wir darauf bedacht, unseren Kindern nicht das Vermächtnis eines konzentrierten Hasses zu hinterlassen, der eines Tages ausbrechen kann. Aus diesem Grunde wird die ganze Macht des britischen Reiches, die im August 1914 in den Krieg geworfen wurde, heute in die Wagschale des Friedens geworfen."

Das hört sich an wie eine Bußpredigt für die französischen Kriegstreiber. Aber die werden sich an einen anderen Abschnitt der Rede klammern, wo es heißt: „Wir erkannten die größeren Opfer völlig an, die Frankreich einen Anspruch darauf geben, daß seine direkteren Interessen in einigen dieser Fragen Berücksichtigung finden. Das britische Reich hatte nur daran ein Interesse, daß der so teuer erkaufte Friede ein wirklicher und sofortiger Friede werde."

Da haben wir das vermeintliche Vorrecht Frankreichs wegen der angeblich größeren Opfer. Das ist ein gefährliches Zugeständnis, das Herrn Lloyd George bei den kommenden Verhandlungen noch sauer aufstoßen kann. Die französischen Gewaltpolitiker wissen alles, was sie wünschen, mit ihren „größeren Opfern" zu motivieren. Ihre vorgeschobenen Interessen gehen auf nichts geringeres hinaus, als auf die volle Niederwerfung Deutschlands bis zur wirtschaftlichen Vernichtung, und deshalb wollen sie zunächst das oberschlesische Industriegebiet und dann das Ruhrrevier uns entreißen. Auf ihr „Vorrecht" pochend, setzen sie sich über die Willensmeinung der Verbündeten hinweg und suchen eigenmächtig vollendete Tatsachen zu schaffen. Daraus sind die ganzen häuslichen Schwierigkeiten in der Entente entstanden, und auf der bevorstehenden Konferenz werden England und Italien immer wieder nachgeben müssen, solange sie den Franzosen ein Vorrecht einräumen.

In Paris hat man den festen Glauben, daß die Verbündeten es unmöglich wagen könnten, der großen französischen Nation etwas abzuschlagen, was sie für sich als Sühne und Sicherung verlangt. Man droht mit einem Abbruch der Entente und denkt damit Lloyd George immer wieder zum Umfallen bringen zu können. Immer deutlicher zeigt sich, daß der Friede, von dem Lloyd George redet, nur erhalten werden kann, wenn den Pariser Gewaltpolitikern der Glaube an ihre Unentbehrlichkeit ausgetrieben wird.

England muß sich die Gleichberechtigung mit Frankreich wieder erringen. Sonst wird nicht bloß sein weltpolitisches Ansehen, sondern auch sein wirtschaftliches Interesse verloren gehen. Wenn England jetzt nicht fest bleibt, so wird die bevorstehende Konferenz „das Vermächtnis eines konzentrierten Hasses" hinterlassen und zum Verderben ausschlagen für Deutschland, für Europa und für die ganze Welt.

Der August von 1914 war verhängnisvoll, der August 1921 kann auch verhängnisvoll werden.

*

Lloyd George über Oberschlesien.

WTB. **London**, 1. Aug. Reuter. Im Unterhause erklärte Lloyd George auf Anfragen, die britische Regierung sei im Verlaufe der jüngsten Auseinandersetzungen mit Frankreich lediglich von dem Wunsche geleitet gewesen, eine gerechte Lösung der oberschlesischen Frage in Gemäßheit des Abstimmungsergebnisses und der Bestimmungen des Friedensvertrages zu sichern. In Beantwortung von Zurufen erklärte Lloyd George, es sei die Aufgabe der britischen Regierung, darüber zu wachen, daß Polen und Deutschen in gleicher Weise **völlig rechtmäßige Behandlung** zuteil werde. Lloyd George erklärte noch, er glaube, daß das Verfahren gegen die Kriegsbeschuldigten auf der Tagung des Obersten Rates Gegenstand von Erörterungen sein werde.

Die Engländer unterrichten sich.

Berlin, 2. Aug. Nach einer Meldung des „Tageblattes" werden die oberschlesischen Kreise Pleß und Rybnick zur Zeit von einer englischen Kommission bereist, die sich im Auftrage der englischen Regierung über die Stimmung der Bevölkerung unterrichten soll. Dem Blatte zufolge will anscheinend die englische Regierung den Bericht der Kommission bei der Entscheidung über Oberschlesien und über diese beiden Kreise verwenden.

Entscheidungen über Danzig.

WTB. **Danzig**, 1. Aug. Die interalliierte Kommission für die Verteilung des ehemaligen Staatseigentums hat dem Senat der Freien Stadt Danzig folgende Entscheidungen bekannt gegeben: Der Freien Stadt Danzig wird u. a. zugeteilt werden die Artilleriewerkstatt einschl. des Geländes, der Gebäude und der dort befindlichen Maschinen. Die Gebäude der Gewehrfabrik, die beiden Husarenkasernen, die Trainkaserne, das Traindepot, das Proviantamt, die St. Elisabethkirche, das Konsistorium sowie der nördliche Teil des großen Exerzierplatzes von Langfuhr mit Ausnahme eines Geländestreifens von 50 Meter Breite entlang der Eisenbahn.

Dem Hafenausschuß sind zugeteilt: Das Hafenamt, das Hafenbauamt, das Lotsenamt mit dem Gelände und dem dazu gehörenden Inventar. Außerdem sind ihm zugeteilt die Gelände nördlich des Freihafens, und nördlich des Bröseners Wäldchens einschließlich eines Geländestreifens von 20 Meter Breite zur eventuellen Fortführung der Eisenbahn, das Marinekohlenlager mit Ausnahme der Tanks und Behälter für Petroleum; das Gelände nördlich des Weichselbahnhofs, das der Weichselstrombauverwaltung gehörte, sowie 2 in Neufahrwasser gelegene Häuser.

Diese Zuteilung ist unter dem ausdrücklichen Vorbehalt geschehen, daß, wenn ein Teil dieses Geländes endgültig dazu bestimmt werden sollte, als Lagerplatz für Truppen und als Lager der für Polen bestimmten Divisionen und als Anlageplatz für die polnische Flotte gemäß der Resolution des Völkerbundsrates zu dienen, der Hafenausschuß alle notwendigen Maßnahmen treffen müsse, um das ihm zugeteilte Gelände zur Verfügung zu stellen. Dem Hafenausschuß sind jetzt ferner zugeteilt die Nutznießung aus den Erträgen folgender Güter: 1. Westernplatte, 2. Weichselmünde mit Ausnahme des Forts und des diesen umgebenden Graben, 3. um den Hafen mit Ausnahme des Geländes, das gegenwärtig vom polnischen Rückwandererlager benutzt wird, 4. die Holminsel mit Ausnahme des Teiles mit den Werfteinrichtungen

Gegen die Preiserhöhung des Brotes.

♂ **Magdeburg**, 1. Aug. Blättermeldungen zufolge hat sich die Aerztekammer der Provinz Sachsen gegen die beabsichtigte Preiserhöhung des Brotes gewandt. Die in Betracht kommende Erhöhung des Brotpreises würde zur Folge haben, daß zahlreiche Kreise der Bevölkerung der Unterernährung noch weiter in die Arme getrieben würden. Unruhen und Kämpfe seien zu befürchten. Die Aerztekammer hält es daher im Hinblick auf das allgemeine Wohl und die Wiedergenesung des kranken Volkes für geboten, das unbedingt zur Lebenshaltung tägliche Brot in der bisherigen Preishöhe weiter zu verabfolgen. Für das über die jetzige Wochenmenge hinausgehende Brot könne ein entsprechender Mehrbetrag gefordert werden.

Der Reichskanzler in Bremen.

Tll. **Bremen**, 2. Aug. (Tel.) Reichskanzler Dr. Wirth weilte heute in Bremen, um sich über allgemeine wirtschaftliche und Schiffahrtsfragen zu unterrichten. Dabei wird er am Abend in der Börse einen öffentlichen Vortrag über die Einwirkung der Politik auf die Wirtschaft halten.

„Nie wieder Krieg".

Berlin, 31. Juli. Unter dem Losungswort „Nie wieder Krieg" wurde im Berliner Lustgarten eine große Kundgebung der Mehrheitssozialisten, der Unabhängigen, der Gewerkschaftskommission, des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer, der deutschen Friedensgesellschaft, der deutschen Liga für Völkerbund, des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und weiterer 16 Organisationen veranstaltet. Etwa 30 Redner sprachen gegen den Revanchegeist und für eine friedliche Außenpolitik, für einen neuen Geist der Jugenderziehung und für die Sicherung der republikanischen Staatsform. Alle Redner hoben hervor, daß der Krieg weitergehe, so in Polen und in der Türkei. Immer noch schmachteten zahlreiche Kameraden in der Gefangenschaft, bei Siegern und Besiegten sei der wirtschaftliche Druck ungeheuer. Ungeheuer seien auch die Menschenopfer und die finanziellen Verluste. Der Kriegsgedanke müsse allgemein bekämpft werden. Das wichtigste sei die Propaganda für die Verweigerung des Kriegsdienstes, der Munitionsherstellung und der Waffentransporte. Die Reden fanden lebhaften Beifall. Aehnliche Friedenskundgebungen sind an etwa 300 deutschen Orten sowie in England, Frankreich und Amerika veranstaltet worden.

Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei.

Vor wenigen Tagen kam von Hannover her die Meldung, daß die mehrheitssozialistische hannoversche Partei sich mit der Haltung der preußischen mehrheitssozialistischen Landtagsfraktion bei der Regierungsbildung in Preußen durchaus nicht einverstanden erklärt und Stellung nimmt gegen das prinzipiell ablehnende Verhalten der Fraktion mit der Deutschen Volkspartei zusammen in einer Koalition zu arbeiten. Sie hat die Taktik ihrer Genossen im Landtage bedauert. Nunmehr dringt aus Kottbus eine ähnliche Stimme. Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins Kottbus beschloß nämlich zur Regierungsfrage in Preußen folgenden Antrag an den Görlitzer Parteitag: „Da das starre Festhalten an der ablehnenden Haltung gegenüber einer Koalition mit Einschluß der Deutschen Volkspartei sich während der Regierungskrise in Preußen als nachteilig erwiesen hat, möge der Parteitag im Interesse der sozialdemokratischen Wählermassen den Fraktionen im Reich, in den Ländern und Gemeinden eine größere taktische Beweglichkeit einräumen, die auch die Möglichkeit einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei unter der Bedingung von Sicherungen für den Bestand der Republik nicht ausschließt."

× Hunte—Ems- und Küsten-Kanal.

Zu den von der rheinisch-westf. Industrie erhobenen Einwänden gegen den Ausbau des Hunte—Ems-Kanals und gegen den Küsten-Kanal veröffentlichen der Küstenkanal-Verein und die ihm angeschlossenen Wirtschaftsverbände, Kammern und Interessentengruppen folgende Erklärung:

Gegen den Ausbau des Hunte—Ems-Kanals auf der Strecke Oldenburg—Kampe für Schiffe von mehr als 250 To. Tragfähigkeit richtet sich eine durch Rundschreiben und durch die Presse verbreitete Erklärung wirtschaftlicher Verbände des Ruhrgebiets. Ein verkehrspolitisch und volkswirtschaftlich nachweislich hochbedeutsames Werk, dessen Dringlichkeit nach eingehendster Untersuchung durch berufene Vertreter des Reichsverkehrsministeriums, nach Prüfung aller Unterlagen und nach örtlichen Besichtigungen anerkannt worden ist, soll durch einen Protest verhindert werden, der sich auf Behauptungen stützt, die ausnahmslos unzutreffend sind!

Die Erklärung geht von einer völligen Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse aus, wenn sie behauptet, der Ausbau des Hunte—Ems-Kanals zu einem Wasserweg für Schiffe mit 250 To. Tragfähigkeit sei genügend. Die Erhebungen über den jährlichen Verkehr auf dem Hunte—Ems-Kanal ergaben einen örtlichen Verkehr von 700 000 To. Torf, Torfstreu und Torfkohle. Dazu kommen noch landwirtschaftliche Erzeugnisse der großen Moorgüter am Kanal, Ziegelsteine, Zementwaren aus den industriellen Anlagen am Kanal. Nachweislich bestehen heute 42 industrielle Betriebe am Hunte—Ems-Kanal, darunter Moorgüter von 2000 Hektar Größe. Die Verhältnisse liegen besonders eigenartig, weil das Massengut, der Torf, bekanntlich nur während weniger Monate im Herbst versandt wird. Im Sommer wird er gewonnen, muß wochen- oder monatelang im Freien trocknen und muß vor dem Eintreten des Frostes abtransportiert sein. Die ganze Produktion muß also in kurzer Zeit (August bis Oktober) weggeschafft werden. Das ist auf einem Kanal für 250 To.-Schiffe nicht möglich — abgesehen davon, daß ein Verkehr mit Schiffen von weniger als 600 To. überhaupt nicht wirtschaftlich ist. Außerdem ist zu beachten, daß es 250 To.-Schiffe fast garnicht gibt. Diese Schiffe müßten also besonders gebaut werden. Das verbietet sich bei den hohen Kosten für Schiffe von selbst, wäre zudem unsinnig, da mir 600 bis 1000 To.-Schiffe genug in Deutschland haben. Mit einem 250 To.-Kanal wäre dem Lande in keiner Weise geholfen. Torf und Torfstreu benötigen wegen ihres großen Volumens viel Platz. Wenn sich dem Versand auf weite Entfernungen bisher Hindernisse entgegenstellten, so lag das daran, daß durch das Umladen und die Unzulänglichkeit des Kanals jeder Waggon mit 500 ℳ Vorfracht belastet war. Viele Werke, die Anfragen aus dem Ruhrgebiet und Rheinland nach Torf und Torfstreu hatten, konnten aus diesem Grunde mit Holland nicht konkurrieren. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Torf- und Torfstreuprodukte in möglichst großen Schiffen mindestens bis zu der Umschlagstelle gebracht werden können, die dem Empfangsort am nächsten liegt.

Ferner richtet sich die Erklärung gegen den Bau des Küstenkanals. Die Gründe, die dann dagegen angeführt werden, daß der von Oldenburg geforderte Küstenkanal von Dörpen an der Ems zur Unterweser geeignet ist, die so dringend notwendige Kanalverbindung zwischen dem Ruhrgebiet und den Nordseehäfen als Großschiffahrtsweg für den Durchgangsverkehr herzustellen, sind unzutreffend. In der Denkschrift für den Küstenkanal ist zunächst allerdings vom Ruhrgebiet ein Verkehr von jährlich nur 2 Millionen To. eingesetzt worden, aus dem einfachen Grunde, weil die Denkschrift den Bau des Kanals zunächst nur bis zur Weser behandelt. Der Gesamtverkehr vom Ruhrgebiet nach der Unterweser hat vor dem Kriege fast genau 2 Millionen To. jährlich betragen. Es wäre also nicht zu rechtfertigen gewesen, eine höhere Ziffer für die Nachkriegszeit einzusetzen, zumal die Hauptabnehmer für Ruhrkohle, die Marine und die Handelsflotte, jetzt fehlen. Daß der Dortmund-Ems-Kanal, der von Bevergern bis Dörpen den Verkehr für den Küstenkanal mit übernehmen müßte, für mehr als 2 Millionen To. fremden Verkehrs nicht leistungsfähig ist, trifft keineswegs zu. Entgegen den immer wiederkehrenden Behauptungen von gegnerischer Seite sei hier nachdrücklich festgestellt, daß der Dortmund-Ems-Kanal leistungsfähig in seiner heutigen Form für jährlich 10,8 Millionen To. ist. Rechnet man damit, daß für Emden der Verkehr allmählich wieder auf 3 Millionen To. jährlich steigt (1919: 1,16 Mill. To., 1920: 1,5 Mill. To.), so verbleiben für Elbe und Weser noch 7,8 Millionen To. Sollte dieser Verkehr überschritten werden, so kann die Leistungsfähigkeit des Dortmund-Ems-Kanals durch Einbau von 5 (nicht 14!) Schleusen neben jetzt vorhandenen einfachen Schleppzugschleusen auf 16,2 Millionen To. gesteigert werden. Bezeichnend ist es übrigens, daß in der Erklärung nur noch von einem Jahresverkehr von 6 Millionen To. Kohlen die Rede ist, während bisher stets 10½ Millionen To. angegeben wurden. Nun ist aber der Bramscher Kanal eingestandenermaßen überhaupt nur wirtschaftlich zu gestalten, wenn mindestens ein 12 Millionen To.-Verkehr erreicht wird. Man würde also einen Kanal bauen, der unwirtschaftlich bleiben und der Allgemeinheit zur Last fallen müßte. Das würde eine nicht zu verantwortende Geldverschwendung bedeuten, zumal ein Weg gezeigt ist, auf dem ganz das gleiche Ziel für ein Viertel der Kosten zu erreichen ist.

Was über den notwendigen Umbau der jetzigen 10 Meter breiten Schleusen zu 12 Met. breiten Schleusen gesagt wird, ist völlig unrichtig. Die 1000 To.-Schiffe auf dem Dortmund-Ems-Kanal sind 9,2 Met. breit, können also die Schleusen passieren. Die 10,2 Met. breiten Flußschleppschiffe, die auf dem Rhein verkehren, kommen für Norddeutschland garnicht in Betracht, da auch der Rhein-Herne-Kanal nur mit 10 Met. breiten Schleusen versehen ist, die breiten Rheinschiffe also garnicht auf den Dortmund-Ems-Kanal gelangen können. Abflachungen von Krümmungen sind nur bei sehr starker Steigerung des Verkehrs oberhalb Bevergern notwendig, müßten also ebenso gut erfolgen, wenn irgend eine andere Kanalverbindung mit den Nordseehäfen geschaffen würde. Die Brücken am Dortmund-Ems-Kanal brauchen weder gehoben noch erweitert zu werden. Um einen regelmäßigen Verkehr mit 1000 To.-Schiffen auf dem Dortmund-Ems-Kanal zu erreichen, ist eine Vergrößerung des Querschnitts erforderlich, der durch Abgrabungen und neuen Steinwurf erreicht werden kann. Eine Hebung des Wasserspiegels ist nicht erforderlich, folglich brauchen auch die Brücken nicht gehoben zu werden.

Wir verweisen über alle die hier angeführten Punkte auf das Urteil einer ersten Autorität, des Herrn Ministerialdirektors Dr. Sympher. Er schreibt in seiner gutachtlichen Aeußerung vom 3. Mai über vier die Schiffahrtsverhältnisse auf dem Dortmund-Ems-Kanal betreffende Fragen:

„Immerhin steht soviel fest, daß die jetzt überall auf dem Dortmund-Ems-Kanal sowie auch auf dem Rhein-Herne- und dem Ems-Weser-Kanal vorhandenen Schleusen den Verkehr guter und geeigneter 1000 To.-Schiffe zulassen."

Ferner: „Der Dortmund-Ems-Kanal besitzt oberhalb Bevergern fünf besonders scharfe Krümmungen, deren Beseitigung bei dem jetzigen Schiffsverkehr angestrebt und in Riesenbeck auch bereits in Angriff genommen ist. Die Abflachung und Verbreiterung wird, soweit Entwürfe vorliegen, so ausgeführt, daß sie auch beim Verkehr von 1000 To.-Kähnen ausreicht. Unterhalb Bevergern kommen derartige Erschwernisse kaum noch vor, jedenfalls nicht in erheblichem Maße."

Auf der Strecke Bevergern—Dörpen sind also derartige Arbeiten nicht auszuführen.

Dieser Aeußerung halte man die Behauptung in der erwähnten Erklärung gegenüber, der Umbau der Strecke Bevergern—Dörpen, die Abflachung der Krümmungen usw. komme einem völligen Neubau gleich.

Unerfindlich ist schließlich, wie in der erwähnten Erklärung für Hamburg ein Umweg von 100 Kilometer über den Küstenkanal gegenüber dem Weg über den Bramscher Kanal angegeben werden kann. Da die Strecke von der Weser zur Elbe in beiden Fällen gleich lang ist, so besteht tatsächlich nur ein Unterschied in den Entfernungen vom Ruhrgebiet zur Weser. Der Weg ist über den Küstenkanal 35 Strecken- bezw. fast 60 Betriebskilometer länger. Sie fallen aber wenig ins Gewicht, wenn man bedenkt, daß die Kanalverbindung über den Küstenkanal für 240 Millionen Mark zu schaffen ist, während der Bramscher Kanal, nach den gleichen Grundsätzen berechnet, 1,3 Milliarden Mark kostet, wenn er mit Doppelschleusen, und etwa 1 Milliarde Mark, wenn er mit einfachen Schleppzugschleusen versehen wird. Diese gewaltigen Mehrkosten geben den Ausschlag; sie würden beim Bramscher Kanal zur Verzinsung des Anlagekapitals derart hohe Abgaben bedingen, daß an eine Konkurrenz mit der Eisenbahn garnicht zu denken wäre.

Eine weitere verhängnisvolle Wirkung der Bauausführung des Bramscher Kanals würde darin bestehen, daß sie grundlegend die wirtschaftlichen Verhältnisse in Nordwestdeutschland verschieben würde. Seine Mündung ist so gewählt, daß Bremen den gesamten Kanalverkehr kontrollieren und an sich ziehen kann. Das Gebiet zwischen Weser und Ems würde gänzlich von allem Verkehr mit dem deutschen Binnenwasserstraßensystem ausgeschlossen; vor allem aber würde mit diesem Kanal das Grab für die Häfen an der Unterweser, Elsfleth, Brake, Nordenham, Geestemünde und Bremerhaven gegraben sein. Nur durch ihre ausgezeichneten Löschvorrichtungen und sonstigen Hafenanlagen haben diese Hafenplätze bisher dem Wettbewerb Bremens standzuhalten vermocht. Sollte der Bramscher Kanal zur Ausführung kommen, so würden ohne jeden Zweifel — und das ist auch das Ziel Bremens — alle Umladungen aus Kanalschiffen in Seeschiffe und umgekehrt in Bremen erfolgen; denn die Kanalfracht von Bremen nach Brake, Nordenham, Bremerhaven würde die gesamten Kanaltransportkosten um 4 bis 5 Mark je Tonne erhöhen. Diese Mehrfracht kann weder der Ablader noch das Seeschiff tragen. Für die Umladung in Bremen fallen diese Mehrkosten aber weg, denn die Seefrachten sind für alle Unterweserhäfen die gleichen. Es ergibt sich hieraus ohne weiteres, daß die kleineren Hafenplätze an der Unterweser als Seehäfen zu Grunde gehen müßten. Es wäre keine gesunde und großzügige Wasserstraßenpolitik des Reiches, wenn es durch den Bau des von Bremen befürworteten Kanals zugunsten eines Welthandelsplatzes, der über unermeßliche andere Hilfsquellen verfügt, die aufstrebenden kleineren Hafenorte an der Unterweser der Verödung anheimfallen lassen wollte.

Der Küstenkanal mündet genau in der Mitte zwischen Bremen und Bremerhaven in die Weser. Damit ist die Frachtparität gewahrt; der kaufmännischen Energie und der natürlichen Entwickelung des Verkehrs bleibt es überlassen, wem der Hauptanteil am Kanalverkehr zufällt. Jedenfalls ist dann eine Lösung geschaffen, die vernünftig, weitschauend und streng gerecht ist.

Vor allem aber ist zu bedenken, daß der Bramscher Kanal durch Kulturland führt, das dem Verkehr, der Siedelung und der Gütererzeugung bereits erschlossen ist. Der breite zum Teil tief eingeschnittene oder auf hohen Dämmen liegende Kanal wird dieses Kulturland in seinen Erträgnissen höchst ungünstig beeinflussen. Der Küstenkanal aber durchschneidet unabsehbare Oedländereien in einer für die Landwirtschaft außerordentlich günstigen Höhenlage und schafft erst die Möglichkeit, dieses Oedland zu bebauen. Für Zehntausende von Deutschen erschließt er Siedelungsland, gibt ihnen dauernde Arbeit und Daseinsmöglichkeit, ermöglicht die Erzeugung von Hunderttausenden von Tonnen wertvoller Brennstoffe, Baustoffe und vor allem von Lebensmitteln. Es handelt sich auch auf diesem in der jetzigen Zeit der Not besonders bedeutungsvollen Gebiete um die Durchführung eines früher versäumten, für die deutsche Allgemeinheit aber hochwichtigen Kulturwerkes allerersten Ranges, das nach der erwähnten Essener Erklärung unter Anführung unhaltbarer Gründe einseitigen Interessen gewisser Wirtschaftskreise und einer Stadt geopfert werden soll.

Die Verfechter des Küstenkanals sind sich deshalb bewußt, daß sie eine Mission nicht nur dem Nordwesten, sondern dem ganzen deutschen Vaterlande gegenüber erfüllen, wenn sie für den Küstenkanal als den einzig möglichen und denkbaren Wasserweg vom Ruhrgebiet nach den Nordseehäfen eintreten.

Die Bedrängnis der Sowjetregierung.

WB. **Berlin**, 1. Aug. Wie aus Petersburg gemeldet wird, sind dort Gerüchte verbreitet, daß die Sowjetregierung gegenüber den Führern der Menschewicki erklärt haben soll, daß es ihr unmöglich sei, der Lage Herr zu werden. Die Sowjetregierung habe sich daher bereit erklärt, alle Parteien zusammenzuberufen, um gemeinsam das Schicksal Rußlands zu bestimmen. Es verlautet, daß das eingesetzte **Hilfskomitee die Macht der Regierung übernehmen** will.

In Petersburg begann das Pawlowski-Regiment wegen der Herabsetzung der Brotration vor einigen Tagen Meutereien. Es gelang dem Kommandeur, die aufrührerischen Soldaten durch Versprechen zu beruhigen, daß er versuchen werde, eine Besserung der Lage herbeizuführen. Am nächster Tage wurde das Regiment auf einen Platz geführt, angeblich um militärische Uebungen vorzunehmen. Hier wurde der Platz von zuverlässigen kommunistischen Truppen umringt und alle Soldaten, die bei der Meuterei eine hervorragende Rolle gespielt hatten, wurden vor die Front gestellt und auf der Stelle erschossen. In Moskau ereigneten sich schwere Unruhen. Der Rat der Volkskommissare hat ein Dekret erlassen, wonach den hungernden Flüchtlingen verboten wird, nach Moskau zu kommen. In Tambow sind alle Pferde der Kavallerie, der Feuerwehr und der Droschken geschlachtet und von der halb wahnsinnigen Menge sofort verzehrt worden. Im Gouvernement Samara herrscht eine Choleraepidemie auf das furchtbarste. Eine ungeheure Anzahl von flüchtenden Eltern hat ihre Kinder im Stich gelassen. Aus Helsingfors wird gemeldet: Mit einem deutlichen Wink auf das Hilfegesuch in Deutschland schreibt in der amtlichen Moskauer „Iswestija" der Volkskommissar für das Hygienewesen, Semascho, über den **Bedarf Rußlands an Medikamenten**: Statt der notwendigen 400 000 Pud (6,4 Millionen Kilogramm) Medikamenten habe Rußland nur 15 000 Pud eingeführt (240 000 Kilogramm), während der Einfuhrplan für die erste Hälfte dieses Jahres 41 000 Pud (660 00 Kilo) vorgesehen habe.

Sonstige Meldungen.

)—(**Bonn**, 2. Aug. Wie aus Köln gemeldet wird, verlautet dort, daß Bonn, das vor Jahresfrist an Stelle der englischen, französische Truppen erhielt, demnächst **wieder in englischen Hände** kommen werde. Auch die französischen Truppen in Köln werden wieder durch englische ersetzt werden.

WB. **Berlin**, 1. Aug. Wie aus der Beantwortung einer kleinen Anfrage durch den Reichsernährungsminister hervorgeht, ist es sein Plan, die zukünftigen **Viehlieferungen an die Entente öffentlich auszuschreiben**, so daß die Preise sowie die sonstigen Lieferungsbedingungen zur allgemeinen Kenntnis gelangen.

□ **Der neue Rektor der Berliner Universität.** In der Rektoratswahl der Berliner Universität wurde der bekannte Physiker, Geheimrat Prof. Dr. Nernst, zum Rektor gewählt. Die Wahl unterliegt noch der Bestätigung des Ministeriums.

Explosion in einer Kunstlederfabrik.

* **Berlin**, 2. Aug. Die Blätter melden aus Dresden, daß gestern die Niederlage der **Deutschen Kunstlederfabrik** in Brockwitz aus unbekannter Ursache **in die Luft flog.** Drei Arbeiter wurden getötet, 14 Personen, darunter einige sehr schwer, verletzt. Der Sachschaden ist sehr groß.

Vom Gewerkschaftskongreß in Lille.

* **Paris**, 31. Juli. Die Tagesordnung, die der **Gewerkschaftskongreß in Lille** gestern mit rund 250 Stimmen Mehrheit angenommen hat, fußt auf den Beschlüssen, die vom Kongreß in Amiens angenommen wurden, und inzwischen von allen anderen Kongressen des Allgemeinen Arbeiterverbandes bestätigt worden sind. Der Kongreß gibt der C. G. T. den Auftrag, die Verwirklichung eines Mindestprogramms zu erstreben, namentlich aber für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete einzutreten, für Nationalisierung der öffentlichen Dienste, für Einführung der sozialen Versicherung, für Arbeiterkontrolle und schließlich auch für Widerstand gegen die Bestrebungen der Arbeitgeber, die Löhne herabzusetzen und die Arbeitszeit zu verlängern. Schließlich wird in der Tagesordnung gesagt, daß bei der augenblicklichen Weltlage jede besondere Frage jedem Lande überlassen werden müsse, daß aber internationale Lösungen wünschenswert seien. Der Kongreß erklärte daher, daß er sich der Gewerkschaftlichen Internationale von Amsterdam anschließe.

Städtisches.

Münster, 2. August.

)-(**Die Ausgabe der Brotmarken für die Zeit** vom 8. August bis 4. September ds. Js. findet am Freitag, den 5. August ds. Js. in den Bezirkslokalen statt. Ausgabezeit von vormittags 8½ Uhr bis nachmittags 2 Uhr (ununterbrochen). Die Bureaus der Stadtverwaltung sind an diesem Tage wegen der Beteiligung der Beamten an der Brotmarkenausgabe für den Verkehr mit dem Publikum während des ganzen Tages geschlossen.

□ **Der Deutsche Gewerkschaftsbund** hält heute Abend 8 Uhr bei Bigalke eine Sitzung für die Delegierten der ihm angeschlossenen drei Kartelle (christliche Gewerkschaften, Angestellten-Gewerkschaften, sowie Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften) ab.

* **Der Reichsverband weiblicher Hausangestellten** (christliche Gewerkschaft) hat für seine am Mittwochabend um 8½ Uhr im Liebfrauenstift stattfindende Versammlung außer der Erledigung wichtiger Verbandsangelegenheiten einen zeitgemäßen Vortrag auf die Tagesordnung gesetzt.

Provinzielle Nachrichten.

⌂ **Warendorf, 2. Aug.** In der Sonntagnacht wurde das Rennpferd Lore des Gutsbesitzers Meyer-Stapelage, das beim Rennen am Nachmittag noch den ersten Preis aus dem Kanonenburg-Jagdrennen geholt hatte, gestohlen. Alle Nachforschungen sind bisher ergebnislos verlaufen.

⊙ **Olfen, 2. August.** Die mit dem 23. April d. J. unter Gewährleistung der beteiligten Gemeinden ins Leben gerufene **Personenkraftwagen-Verbindung** Datteln—Olfen—Selm Bhf.—Zeche Hermann erweist sich je länger je mehr als ein wirkliches Verkehrsbedürfnis. Der für 14 Sitz- und 10 Stehplätze eingerichtete Wagen verkehrt täglich 5—6 mal. Die Postbeförderung durch Fuhrwerk ist eingestellt worden. Für die Rentabilität der Kraftwagenlinie fällt in's Gewicht, daß diese in Datteln an das Straßenbahnnetz der Westfälischen Kleinbahnen anschließt.

:-: **Ahaus, 2. Aug.** Beim Spiel auf einem an der Schloßstraße aufgesetzten Holzstapel wurde ein vierjähriger Junge aus Duisburg, der hier bei Verwandten zu Besuch weilte, **von einem herabrollenden Baumstamm** so schwer **gequetscht**, daß **nach kurzem der Tod** eintrat.

⊡ **Dortmund, 1. Aug.** Gestern nachmittag **sauste** beim Ueberqueren der Hohenstraße ein **Automobil auf einen Motorwagen** der Straßenbahn. Der Chauffeur rettete sich durch geschickten Absprung. Die übrigen Insassen des Fahrzeuges wurden auf die Straße geschleudert und meist erheblich verletzt. Nur ein Herr blieb völlig unverletzt. Das Auto ist sehr stark beschädigt worden. An dem Straßenbahnwagen wurden eine Reihe Fensterscheiben zertrümmert.

⚒ **Warburg, 31. Juli.** In den Kalkbrüchen des hiesigen Kalkwerkes wurden **durch einen Sprengschuß**, der zu früh losgegangen war, zwei Arbeiter **schwer verletzt**. Die Verunglückten wurden ins Krankenhaus übergeführt.

⊙ **Marienthal** (bei Wesel), **1. Aug.** Die hiesige nur 300 Seelen zählende Diasporagemeinde des Dämmer- und Weselerwaldes beabsichtigt, am Mariä Geburtssonntag, 11. Sept., eine Wallfahrt zu veranstalten nach Xanten, wo die Gebeine des heiligen Victor zur Verehrung während einer Woche ausgestellt werden. Die letzte Wallfahrt war nach mehr als hundertjähriger Unterbrechung in Gegenwart des Kardinals Krementz von Köln und des zuständigen Bekennerbischofs Johann Bernhard Brinkmann von Münster im Jahre 1886.

)—(**Köln, 1. Aug. Der 42. Verbandstag des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine** und gleichzeitig derjenige des Verbandes Rheinischer Haus- und Grundbesitzervereine wird in der Zeit vom 6. bis 9. August in Köln in den Räumen der Bürgergesellschaft abgehalten werden. Die Tagung war für die gleiche Zeit in Düsseldorf geplant, mußte aber im letzten Augenblick nach Köln verlegt werden. Auf der Tagung wird verhandelt werden über die Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen (Berichterstatter Regierungsrat Ott-Bunzlau und Stadtrat Tiefsenbach-Bochum); Anforderungen an eine Neugestaltung der Mieterschutzgesetzgebung (Rechtsanwalt Karl Stern-Düsseldorf); die geplanten Reichssteuern und der Hausbesitz (Stadtrat Jos. Humar-München); Hausbesitz und Mittelstand (Dr. Franz Hörissen, Köln). — Erst kürzlich wurde berichtet, daß ein Studienrat im Königsforst **von zwei Räubern überfallen** und unter Drohung mit einem Revolver seiner Uhr und seiner Barschaft beraubt worden ist. Die Ermittlungen haben ergeben, daß in letzter Zeit eine Reihe von Spaziergängern, die sich auf dem Wege nach Forsbach, bezw. der Forsbachermühle befanden, von den Räubern ausgeplündert worden sind. Zunächst erschienen zwei der Banditen und wenn die Ueberfallenen nicht gutwillig Hab und Gut hergaben, eilten **aus dem Walde bis zu 20 Räuber** herbei und raubten die Opfer aus. Zwei dieser Strolche sind nun verhaftet worden.

⌣ **Koblenz, 1. Aug.** Seit gestern nachmittag steht das **bei Cassel** an der Mosel gelegene **Schloß** des Frhrn. v. Schorlemer **in Flammen.** Man befürchtet, daß das ganze Gebäude dem Untergang geweiht ist. — In der Nacht zum 30. Juli wurde von der Besatzung eines Aalkutters ein **Rheinsalm im Gewicht von 12 Pfund** gefangen.

* **Oldenburg, 1. Aug.** Die diesjährige **Torfkampagne** nähert sich ihrem Ende. Gegenüber dem Vorjahre hat die Torferzeugung eine wesentliche Steigerung erfahren. Man rechnet mit einer Gesamterzeugung von 25 000 bis 28 000 Ladungen im Landesteil Oldenburg. Der Versand geht flott vonstatten. **Augenscheinlich wirkt die bevorstehende Erhöhung der Kohlenpreise auf den Torfabsatz fördernd ein.**

Vom Westfälischen Bauernverein.

Auf der letzten Generalversammlung des Westf. Bauernvereins trugen die Hauptreden einen starken politischen Einschlag, namentlich die des Prof. Schlittenbauer-München; dieser Redner kargte auch nicht mit bajuwarischen Kraftausdrücken. Daß indessen seine Ausführungen das Gegenteil von dem bewirkten, was sie bezweckten, geht aus verschiedenen Zuschriften hervor, die an uns gelangt sind. In einer dieser Zuschriften aus dem Münsterlande, deren Verfasser die Stimmung weiter Kreise der Mitglieder des Bauernvereins, die sich zum Zentrum zählen, wiedergibt, heißt es u. a.: Prof. Schlittenbauer wagte auf der Generalversammlung zu sagen: „Es gibt auch eine Sorte im deutschen Volke, die sind innen rot und tragen außen einen schwarzen Mantel". In diesen Worten liegt eine ungeheure Beleidigung derjenigen Mitglieder des Bauernvereins, die dem Zentrum treu geblieben sind. Da diese im Bauernverein weitaus in der Mehrheit sind, so muß man den Ausdruck des Herrn Professors als grobe Unverschämtheit energisch zurückweisen. Unerklärlich ist es mir, daß der Herr Vorsitzende es nicht für nötig befunden hat, die Ausführungen des Redners zurückzuweisen. Das war zum mindesten sehr unklug gehandelt. Die zentrumstreuen Bauern werden sich das merken und dem Westf. Bauernverein gegenüber auf der Hut sein. Ist denn der Bauernverein dazu da, seinen Mitgliedern die Anschauungen der Deutschnationalen Volkspartei einzuimpfen? Einem seiner Geschäftsführer wurden vor Jahresfrist bereits durch die Zentrumspresse offen derartige Vorwürfe gemacht. Sie blieben unwidersprochen. Oder sieht die Leitung des Bauernvereins es gar als selbstverständlich an, daß die Mitglieder deutschnational wählen? Fast will es so scheinen. — Wenn der Bauernverein es nicht lernt, die Parteipolitik bei den Versammlungen auszuschalten, so gräbt er sich binnen kurzem sein eigenes Grab. Des kann er gewiß sein!

Jubeltagung des Kreuzbündnisses.

1. Verhandlungstag.

* **Werden, a. Ruhr, 30. Juli.** Nach einem Gottesdienst in der Kamillianerkirche begannen gestern kurz nach 9 Uhr die Verhandlungen. Ungefähr 100 Bezirksvertreter hatten sich eingefunden u. a. solche aus Königsberg, Konstanz, dem Saargebiet und der Diaspora. Der Hauptvorsitzende Herr Pfarrer Maas hieß die Vertreterversammlung herzlich willkommen. **Das Kreuzbündnis gleiche einem starken Baum, der mit Gottes Hilfe noch weiter blühen und gedeihen werde.** Zunächst erstattete dann der Hauptgeschäftsführer, Herr Pater Syring **den Geschäfts- und Kassenbericht.** Beide ergaben die erfreuliche Tatsache, daß das Kreuzbündnis nach kurzem Rückgange während des Krieges jetzt wieder einen neuen, erfreulichen Aufschwung nimmt. Auch die Vermögens- und Kassenverhältnisse sind durchaus gefestigt und gesund. **Die lebhafte Tätigkeit der Zentrale** kennzeichnet am besten der Postverkehr des letzten Jahres, der 11 190 Eingänge und 37 918 Ausgänge aufweist. Der Geschäftsbericht wurde in der Aussprache ergänzt durch interessante Mitteilungen der Vertreter aus dem Saargebiet, Königsberg und Berlin über das dortige Vereinsleben. Im weiteren Verlauf des Vormittags wurden innere Vereinsangelegenheiten besprochen; in allen Fragen erzielte man Uebereinstimmung.

Die Nachmittagsverhandlungen wurden eingeleitet durch einen Vortrag des Bezirksvertreters Kießmer über Tätigkeit und Erfahrungen in den Ortsgruppen. Der Vortrag führte zu einer lebhaften Aussprache über Arbeitsgemeinschaften innerhalb der Ortsgruppen. Eingehend wurde das Für und Wider erörtert und der Begriff der Arbeitsgemeinschaft dargelegt. Die Hauptverbandsleitung empfahl den Ortsgruppen dringend die Einrichtung solcher Arbeitsgemeinschaften, die in der Hauptsache Persönlichkeitserziehung leisten sollen.

Außerhalb der Tagesordnung wurden zwei Entschließungen angenommen, deren eine die Volksvertretung ersucht, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß deutsches Getreide nicht zur Herstellung alkoholischer Getränke verwendet wird, sondern der Volksernährung erhalten bleibt, während die andere an das deutsche Volk die Aufforderung richtet, wenigstens für die Zeit unseres Elendes das Rauchen ausländischer Tabakwaren gänzlich zu meiden und das deutscher Tabakwaren einzuschränken oder ganz zu unterlassen, weil der Tabakanbau eine große Fläche Fruchtlandes der Getreidezucht wegnehme. Außerdem fordert diese Entschließung die Bekämpfung des Rauchens Jugendlicher auf reichsgesetzlicher Grundlage.

Im weiteren Verlauf der Tagung sprach Kaplan Weidmann-Düsseldorf über Werbearbeit, Kaplan Beers-Essen über Versammlungstätigkeit und Lehrer Hunold-Essen über Verbandsbeiträge. Die Vorträge brachten eine Fülle von Anregungen für das innere Vereinsleben. Die Verhandlungen wurden am Samstag fortgesetzt.

Hochschul-Nachrichten.

Die med. Fakultät der Universität Berlin hat dem Generalsekretär des Reichsausschusses für Leibesübungen, Karl Diem, die Würde eines Ehrendoktors der Medizin verliehen. — In der philos. Fakultät der Universität Leipzig habilitierte sich Dr. phil. Suter (Zofingen) für Kunstgeschichte. — Die jur. Fakultät der Universität Leipzig hat dem Landgerichtsrat Dr. jur. Karl Frölich (aus Oker a. Harz) die venia legendi für deutsche Rechtsgeschichte und Kirchenrecht erteilt. — Prof. Dr. Hans Pichler in Graz hat den Ruf auf den Lehrstuhl der Philosophie in Greifswald als Nachfolger Joh. Rehmkes angenommen. — Für Archäologie habilitierte sich in Heidelberg Dr. B. Schweitzer, Assistent am archäologischen Institut. — In Tübingen ist der Kunsthistoriker Prof. Konr. v. Lange nach längerer Krankheit 66jährig gestorben. — In Göttingen starb 77jährig Prof. Pannenborg. — Der Völkerrechtslehrer an der Berliner Universität, Geh. Reg.-Rat v. Martitz ist im 83. Lebensjahre gestorben. Sein Hauptwerk war die zweibändige Darstellung der „Internationalen Rechtshilfe in Strafsachen". Er hatte auch dem Internationalen Schiedsgericht im Haag als deutsches Mitglied angehört.

WTB. Frankfurt, 31. Juli. Unter starker Beteiligung der akademischen Kreise nahm die von den ehemaligen Straßburger Korporationen und der Studentenschaft der Universität Frankfurt gemeinsam veranstaltete Gedenkfeier zur Erinnerung an die vor 300 Jahren erfolgte Gründung der Straßburger Universität einen würdigen Verlauf. Nach Ansprachen von Studienrat Hertel und Prof. Dr. Max E. Mayer ging Prof. Dr. Marckwald auf die Entwickelung der Straßburger Universität mit ihrem deutschen Charakter von der Zeit des ausgehenden Humanismus bis an die Schwelle der Gegenwart ein. Zum Schlusse gab Studienrat Dr. König allgemeine Ausführungen über das Thema „Das Elsaß und wir!" und bezeichnete dabei die elsaß-lothringische Idee als die Idee volldeutscher Menschen im französischen Staat.

Kirchliches.

⚘ **Kollekte für den Neubau einer Kirche in Lavesum bei Haltern.** Infolge des starken Zuzuges ist die alte Kapelle in Lavesum bei Haltern zu klein geworden. Zudem bedarf sie dringend der Instandsetzung. Man hat sich daher zur Aufführung eines Neubaues entschlossen. Wenn nun auch ein verhältnismäßig kräftiger Fonds vorhanden ist u. die Bewohner des Ortes freudig alle Kräfte zur Mitarbeit hergeben, so kann die Gemeinde die erforderlichen Mittel doch nicht allein aufbringen. Daher hat der hochwürdigste Herr Bischof angeordnet, daß am Feste Mariä Himmelfahrt bei allen Gottesdiensten in den Pfarr-, Rektorat- und Filialkirchen des Bistums Münster eine Kollekte abgehalten werden soll, die der Mildtätigkeit aller Gläubigen herzlich empfohlen wird.

Das Gebet des Papstes um den Bürgerfrieden.

Der Hl. Vater hat ein Gebet verfaßt und auf seinem Namenstag veröffentlicht, worin er Gott um Beruhigung der Gemüter in dem traurigen Zeitpunkte der brudermörderischen Bürgerkriege anfleht, die gegenwärtig in Italien toben. Wir lassen hier den Text des wertvollen Dokumentes, das zugleich die Liebe des Hl. Vaters und die väterliche Sorge für das Schicksal Italiens verrät, folgen:

„O Gott der Güte und der Verzeihung, mit einem geängstigten Herzen umdrängen wir deine Altäre und rufen deine Barmherzigkeit an. Nach den Schrecken des Krieges ist es die größte Geisel, die über uns gekommen ist, daß Menschen derselben Familie sich grimmig hassen, sich verfolgen und sich sogar aus Parteileidenschaft töten. Das Land, auf das am meisten christliche Pietät herniedergelächelt hat, und das die Wiege jeglichen Edelmuts gewesen ist, droht ein blutiges Feld von Bürgerkriegen zu werden. Erbarmen, o Herr! Du, der du in deinem neuen Bunde die Verzeihung der Beleidigungen und die Liebe zu den Feinden gelehrt hast, gib, daß sich diejenigen wieder umarmen in Liebe, die keine Feinde, sondern Brüder sind. Laß sie die Waffen niederlegen, die blutbefleckten, und laß sie alle in unserer trauten Muttersprache das Gebet wiederholen, das du uns gelehrt hast: „Vater unser, der du bist im Himmel — —". Laß sie sehen, wie dein Sohn sein Herz und seine Arme seinen Kreuzigern auftut, und mögen sie fühlen, wie ihre Seele von lebendiger Liebe überströmt, um mit demütigem Vertrauen wiederholen zu können, vergib uns unsere Schulden, wie auch wir vergeben unsern Schuldigern. Unbefleckte Jungfrau, Königin der Herzen, steige hernieder zu deinen Kindern und laß sie deine Mutterstimme hören. Du allein kannst mit deiner Fürsprache sie mit Gott versöhnen und sie unter einander wieder nahebringen. Du allein kannst sie kosten lassen die Süßigkeit jenes Friedens, der ein Vorgeschmack des ewigen Lebens ist. Amen."

Bekanntlich geht dieses Gebet des Papstes zurück auf die Glückwunschadresse, welche das Kollegium der Kardinäle am St. Jakobusfeste, dem Namenstag des Hl. Vaters, an diesen richtete. Wenn man dieses päpstliche Gebet für den inneren Frieden Italiens mit dem bekannten Friedensgebete vom Jahre 1914 vergleicht, so findet sich große Aehnlichkeit zwischen beiden und das letzte Gebetsformular, das dem Gebetsleben des Hl. Vaters entsprungen ist, wird dem Hl. Vater ein neues Anrecht geben auf den Titel des Friedenspapstes.

Vermischtes.

:-: **Der beleidigte Reichspräsident.** An die vergangene Aera der Majestätsbeleidigungsprozesse erinnerte in gewisser Weise eine Verhandlung, welche gestern die Ferienstrafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert war der Handlungsgehilfe Erich Schulze angeklagt. — Anläßlich des Ablebens der früheren Kaiserin entstand in der Werkstätte der Firma, bei der der Angeklagte beschäftigt ist, eine kleine politische Debatte, bei der der rechtsstehende Angeklagte den Standpunkt vertrat, daß die frühere Kaiserin sehr viel Gutes getan und mit Hilfe ihres Privatvermögens Tausenden von Menschen geholfen habe. Diese Aeußerung rief lebhaften Widerspruch hervor. Der Angeklagte geriet in lebhafte Erregung und stellte Vergleiche zwischen dem Wirken der früheren Herrscherfamilie und dem jetzigen Reichspräsidenten an und verstieg sich schließlich zu der Aeußerung: Herr Ebert sei ein Trunkenbold. Diese wurde dem Reichspräsidenten mitgeteilt, der darauf Strafantrag stellte. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis. Das Gericht hielt bei der bisherigen Unbescholtenheit und der Jugend des Angeklagten, der die Aeußerung offenbar in der politischen Erregung getan habe, eine Haftstrafe von 1 Woche als angemessene Sühne und bewilligte dem Angeklagten auch eine Bewährungsfrist von drei Jahren, nach deren Ablauf er begnadigt wird, wenn er sich in der Zwischenzeit tadellos geführt hat.

* **Die unterstützten Erwerbslosen im Reich.** Im Juni d. J. ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Deutschen Reich von 358 161 am 1. Juni auf 316 970 am 1. Juli gesunken. Der Rückgang beträgt also diesmal ziemlich genau 11,5 v. H. und ist damit etwas größer als der Rückgang während des Monats Mai. Unter den Unterstützungsempfängern sind 245 713 männliche und 71 257 weibliche. Hinzu treten noch 339 863 Zuschlagsempfänger (d. h. Familienangehörige der Erwerbslosen). Die Besserung des Arbeitsmarktes, die in den genannten Zahlen zum Ausdruck kommt, ist vor allem auf den stärkeren Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitskräften, sodann aber auch auf die bessere Beschäftigung einer Reihe von Industrien, insbesondere des Baugewerbes, zurückzuführen. Trotz alledem bleibt das Gesamtbild unerfreulich genug, zumal wenn man berücksichtigt, daß mehrere hunderttausend Personen ständig nur mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfürsorge, also künstlich, der Arbeitslosigkeit entzogen sind, daß die nicht unterstützten Arbeitslosen von der Statistik ebensowenig erfaßt werden wie die Kurzarbeiter, deren Anzahl gerade in den letzten Wochen wieder stark gestiegen ist, und daß mit einer Vermehrung auch der unterstützten Erwerbslosen bei Eintritt der kälteren Jahreszeit unbedingt zu rechnen ist.

= **Eine neue arktische Expedition.** Der englische Polarforscher Donald B. MacMillan bricht jetzt zu einer neuen Expedition auf, durch die er hauptsächlich Baffinsland, die große arktische Insel südwestlich von Grönland, erforschen will. Das Schiff der Expedition, die sechs Mitglieder umfaßt, ist ein 115-Tonnen-Schoner „Bowdoin". MacMillan hofft, Baffinsland Mitte August zu erreichen und ein Lager südlich von dem Eingang in die gefährliche Fury- und Hela-Straße zu errichten, wo vor einem Jahrhundert die Schiffe der Kapitäne Peary und Lyon bei ihrer Suche nach der Nordwest-Passage festlagen. Im Winter 1921 zu 22 soll die Küste von Baffinsland erforscht werden, und der Sommer 1922 wird dem Eindringen in das Innere der unbekannten Insel gewidmet sein, wo nach den Erzählungen von Eskimos sich ein reiches Feld für die Erforschung darbieten soll. Nach ihren Angaben befinden sich dort große Erzlager, hohe Berge und schöne Seen, die noch niemals von weißen Männern geschaut wurden. Besondere Beobachtungen sollen dem magnetischen Pol gewidmet werden, der zuerst von James Roß 1830 nicht weit von dem in Aussicht genommenen Winterlager MacMillans festgelegt wurde. Die Expedition wird auch den Versuch machen, um Baffinsland herumzufahren.

⚒ **Ein geheimnisvolles Piratenschiff.** Amerikanische Blätter berichten aus Newyork Einzelheiten über das geheimnisvolle Schiff, das im Atlantischen Ozean im nordamerikanischen Küstengebiet sein Wesen treiben soll, und das bisher angeblich zwanzig Schiffe hat verschwinden lassen. So erzählte Kapitän Wallace von der „Craigrownie" bei seiner Ankunft in Boston von einem Zusammentreffen mit dem mysteriösen Fremden bei North-Eastern Feuerschiff unter der New-Jersey-Küste. Der Dampfer von etwa 3500 Tonnen habe keine Lichter geführt, auf keinen Anruf gewartet und sich der „Craigrownie" auf Rufweite genähert, aber das Schiff dann nicht weiter belästigt und seine Fahrt fortgesetzt. Die amerikanische Marineleitung läßt jetzt die Jerseyküste durch Seeflugzeuge überwachen, da es sich um ein bolschewistisches Schiff handelt, zumal die Meutereien auf amerikanischen Fahrzeugen häufiger werden. Die Piraten scheinen sich wie die Schmuggler, in amerikanischen Häfen unter Vorlage falscher Papiere neu auszurüsten.

Leo Stein †.

In Wien ist der Librettist Leo Stein, Verfasser zahlreicher und namhafter Operettentexte im Alter von 60 Jahren gestorben.

Adolf Hoffmanns Abgang als Kultusminister.

Der „Reichswart", die von Graf Reventlow herausgegebene Wochenschrift, bringt in ihrer Nummer vom 30. Juli unter dem Titel „Unecht" eine eingehende Würdigung Adolf Hoffmanns als Mensch, als Schriftsteller, als Kultusminister und „im Dienste unserer Feinde" während des Krieges und nachher. Wir entnehmen diesen Ausführungen die nachstehende Schilderung, wie es mit dem „Zehngebotehoffmann" als Kultusminister zu Ende ging, nachdem selbst sein Genosse Haenisch von ihm abgerückt war:

„Der hörbare Ruck, mit dem Haenisch sich von der Mitverantwortlichkeit für Hoffmanns allzu offene Kulturzerstörung losmachte, konnte deren naturgemäße Wirkung nicht verhindern. Ueberall im Lande, besonders in den gefährdeten Gebieten des Westens und Ostens wie in Süddeutschland, rief das Auftreten jenes gemeingefährlichen Menschen die größte Aufregung hervor und lockerte das ganze Gefüge des Staates, da allerwärts begreiflicherweise das lebhafte Verlangen erwachte, von den angekündigten Reformen verschont zu bleiben . . . .

Die Beseitigung Hoffmanns aus dem Kultusministerium erwies sich bald als unerläßlich. Schon am letzten Sonntag des Jahres 1918 fand in Berlin eine große Kundgebung gegen Hoffmann statt. Vor dem Ministerium versammelten sich Zehntausende von Angehörigen aller bürgerlichen Parteien, evangelischen und katholischen Bekenntnisses und erhoben den Ruf: „Fort mit Hoffmann!" Die Führer der Versammelten verschafften sich Eintritt in das Gebäude, fanden Hoffmann aber nicht vor und drückten seinen Vertretern ihre Entrüstung über seine Tätigkeit aus. Haenisch veröffentlichte nunmehr in der „Glocke" einen Aufsatz über den „neuen Kulturkampf", worin er die Amtsführung Hoffmanns und ihre verhängnisvollen Wirkungen in Schlesien, im Rheinland usw. schilderte. Hoffmann antwortete in der „Republik" mit einer giftigen persönlichen Anpöbelung Haenischs, den er der „Unehrlichkeit" und der „Mantelträgerei" beschuldigte. Dieser erklärte einem Zeitungsvertreter, er halte es unter seiner Würde, auf eine derart unsachgemäße und gehässige Auslassung zu antworten. Eine schöne „Errungenschaft": zwei sozialdemokratische preußische Kultusminister im Amte, die sich gegenseitig in der Oeffentlichkeit aufs schärfste bekämpfen! Ein Musterbeispiel sozialdemokratischer Politik! . . . .

Gegen Hoffmann nahmen sogar seine engsten Gesinnungsgenossen im Kultusministerium öffentlich Stellung. Es war die höchste Zeit, Schluß zu machen. Zu Neujahr 1919 traten die unabhängigen preußischen Minister und Unterstaatssekretäre Rosenfeld, Breitscheid, Simon, Ströbel, Graf Arco, P. Hoffmann, Hofer aus der Regierung aus. Am 2. Januar 1919 erschien Hoffmann, von seiner Krankheit wiederhergestellt, im Ministerium. Man wies ihn darauf hin, daß seine Tätigkeit an dieser Stelle nicht weiter gewünscht werde, und ersuchte ihn, seinen bereits abgegangenen Genossen zu folgen. Aber Hoffmann war zunächst harthörig. Erst nach wiederholtem Zureden erklärte er sich bereit, das Feld zu räumen, wenn man ihm sein Gehalt für drei Monate zahlte. Man sagte ihm zu, daß diese Zahlung erfolgen solle; er möge getrost nach Hause gehen, das Geld werde ihm überwiesen werden. Aber Genosse Adolf sagte:

„Daruff losse ick mir nich in! Wenn ick nich in einer halben Stunde mein Jeld habe, sollt ihr wat erleben!"

Man brachte nun aus allen Kassen des Ministeriums die 6000 Mark zusammen. Hoffmann steckte sie ein und nahm Abschied, indem er mit einer großen Geberde die denkwürdigen Worte sprach:

„Hier sieht mir keener wieder!"*)

Die U. S. P. D. stellte hierauf Hoffmann an die Spitze ihrer Wahlliste für die preußische Nationalversammlung, nachdem sie kurz vorher den großen Verbrecher Eichhorn an die Spitze ihrer Liste für die Nationalwahl gestellt hatte."

*) Hoffmann suchte nachträglich den mitgeteilten Hergang zu bestreiten, aber die „Sozialistische Korrespondenz" stellte fest, daß die Sache sich im wesentlichen so wie angegeben abgespielt hatte.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

* **Schulgeld an den Baugewerkschulen.** Mit Rücksicht darauf, daß es vielen Schülern der staatlichen Baugewerkschulen in der jetzigen teueren Zeit schwer fällt, das erhöhte Schulgeld am Beginn des Schul-Halbjahres für das ganze Schul-Halbjahr in einer Summe zu bezahlen, bestimmt der preußische Handelsminister, daß das Schulgeld, obgleich es mit Eintritt des Schülers in die Anstalt für ein volles halbes Jahr fällig wird, in zwei Raten entrichtet werden kann. Die erste Rate des halbjährlichen Schulgeldes ist am Tage des Schulbeginns, die zweite Rate in den ersten acht Tagen des nächsten Kalendervierteljahres einzuziehen.

Sport.

Rennen zu Warendorf.

□ **Warendorf, 1. Aug.** Das gestrige, vom Pferdezucht- und Reiterverein Warendorf veranstaltete Pferderennen hatte einen verhältnismäßig guten Besuch aufzuweisen. Die Bahn hat durch die neuerlichen Verbesserungen gewonnen, besonders der Tribünenplatz. Das Jagdspringen fand hervorragendes Interesse. Aus dem Stall Oppenheimer, Frankfurt, erschienen 6 Pferde am Start, die aber ziemlich enttäuschten, da sie die Hindernisse umwarfen und ausbrachen. Fünf von ihnen mußten disqualifiziert werden. Am Toto wurden beim Jagdspringen hohe Quoten erzielt. Im ganzen betrug der Umsatz jedoch nur 36 190 M. Beim Rennen um den großen Sommerpreis ging Hauptmann v. Schladitz auf Fr. Bischoffs Eckhard als erster durchs Ziel, doch wurde Eckhard disqualifiziert, weil Schladitz im falschen Kurs geraten war und unterwegs 2 Decken verlor, davon eine dicht vorm Ziel, infolgedessen mehr als 1 Kilo Gewicht verloren hatte.

Eröffnungs-Halbblut-Flachrennen. 1. Lt. Herrmanns Mariapol (Reiter Dr. Pulle), 2. Hptm. v. Schladitz' Anita (Reiter Neugebauer), 3. Joh. Schmitz' Lucie (Reiter Bes.), 4. T. Wuthes Klaus (Reiter Schöffeck). Tot. S. 14, Pl. 10, 10.

Preis von Klauenberg (Trabfahren). 1. Cl. Maßmanns Prinzeß, 2. Aug. Speckmanns Byrck, 3. Schulze Althoffs Constanze, 4. W. Osthoffs Liese v. Dörenberg. Tot. S. 14, Pl.: 10, 10, 10.

Kanonenburg-Jagdrennen. 1. Meyer-Stapelages Lore (R. Oblt. Heyne), 2. Major v. Löbbeckes Barrikade (Frhr. v. d. Recke), 3. Ehringhausens Liane (v. Schladitz). Tot. S. 86, Pl. 26, 21.

Raestrup-Everswinkeler Jagdrennen. 1. Oberlt. von Quernheims Löwenmut (Lt. Herrmanns), 2. Lt. Frhrn. von Wechmars Quinte (Bes.), 3. Freund, 4. Oblt. Hannesses Gardist (Bes.). Tot. S. 23, Pl. 12, 24, 31.

Gröblinger Flachrennen. 1. Schulze Everdings Consols, (R. Goldstein), 2. E. Schwaningers Florian (Oblt. Heyne), 3. W. Buttermanns Schwarze (Bunne), 4. H. Fischers Elmar (Fischer). Tot.: S. 21, Pl. 10, 10.

Großer Sommerpreis. 1. Edelfink, 2. Heckenrose. Eckhard wird disqualifiziert. Tot. S. 21.

Preis von Ueberems. (Trabfahren.) 1. Cl. Meßmanns Prinzeß, 2. Cl. Lackhoffs Artistin, 3. Holtkötters Lissi, 4. W. Sauerlands Erbfeind. Tot. S. 30, Pl. 14.

Großes Warendorfer Jagdspringen. 1. Gruppe. 1. Lt. Sungershausens Nestor (Bes., 8 Fehler), 2. Oblt. Blakeleys Indigo (Bes., 9 Fehler), 3. Oblt. v. Quernheims Vulkan (Bes.), 4. Oberfährichs Momms Hans im Glück (13 Fehler), 5. Lt. Groligs Zamora (16 Fehler). Die übrigen Pferde wurden disqualifiziert, darunter Stall Oppenheimers Governor, Tot. S. 220, Pl. 195, 30, 195. — 2. Gruppe. 1. Eskadron Reiter-Regt. 15 Nelson Lt. v. Salviati, 5 Fehler), 2. Oblt. Neumanns Jena (Reiter Bes., 10 Fehler), 3. Lt. Freiherrn v. Nagels Conde (10 Fehler, Sieger in Teilgte), 4. Lt. Leg Karl I. (Reiter Bes., 11 Fehler). Tot. S. 40, Pl. 19, 24, 13, 60. — 3. Gruppe. 1. Mädi (5 Fehler), 2. Frhrn. v. Nagels Neger (10 Fehler). Tot. S. 24, Pl. 40, 40.

Handels-Nachrichten.

* **Westdeutsche Eisenbahn-Gesellschaft in Köln.** Die Hauptversammlung beschloß, den Gesamtverlust von 9 526 347 Mark auf neue Rechnung vorzutragen. Drei ausscheidende Aufsichtsratsmitglieder wurden durch Zuruf wiedergewählt. An Stelle des aus Altersrücksichten zurückgetretenen Baurats Friedrich Lenz wurde eine Ersatzwahl nicht vorgenommen.

* **Kaliwerk Friedrichshall A.-G.** Eine außerordentliche Generalversammlung der Kaliwerke Friedrichshall soll über den Antrag der Verwaltung beschließen, das Aktienkapital von 10,5 Mill. M bis auf höchstens 53 Mill. M zu erhöhen. Es handelt sich um die Vorbereitung der Umwandlung der Kaligewerkschaft Neustaßfurt in eine Aktiengesellschaft, zu der die Rechtsform der Kaliwerke Friedrichshall, an denen Neustaßfurt mit starkem Aktienbesitz beteiligt ist, etwa 8 Mill. M, benutzt werden soll.

* **Oberrheinische Versicherungsgesellschaft, Mannheim.** In der am Freitag stattgehabten 35. ordentlichen Generalversammlung der „Oberrheinischen" Versicherungs-Gesellschaft waren insgesamt 3480 Stimmen vertreten. Auf Verlesung des gedruckten an die anwesenden Aktionäre zur Verteilung gekommenen 34. Geschäftsberichtes des Vorstandes wurde verzichtet, die Gewinn- und Verlustrechnung nebst Bilanz und Beschluß erhoben und auf Vorschlag des Aufsichtsrats die Verteilung von 315 000 M mit 63 M pro Aktie gleich 6,3 Proz. des in Risiko stehenden Grundkapitals oder 18 Proz. der mit 35 Proz. auf solches geleisteten Einzahlung genehmigt. Dem Vorstand sowie dem Aufsichtsrat wurde sodann von der Generalversammlung Entlastung erteilt. Sodann beschloß die Generalversammlung einstimmig die Erhöhung des Grundkapitals auf 10 Mill. M durch Ausgabe von 5 Millionen M ab 1. Juli 1921 gewinnanteilberechtigter auf Namen lautender Aktien über je 1000 M mit 35 Proz. Einzahlung unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre. Bezüglich der Ausgabe der neuen Aktien wurde durch den Vorstand mitgeteilt, daß die Absicht bestehe, die 5 Mill. M einem Konsortium zum Kurse von 800 M pro Aktie zuzüglich 5 Proz. Zinsen ab 1. Juli zu begeben und dieses zu verpflichten, den Aktionären davon 4 Millionen im Verhältnis von 4 neuen auf 5 alte Aktien zum Kurse von 840 M pro Aktie zuzüglich 5 Proz. Zinsen ab 1. Juli anzubieten, die restlichen 1 Mill. M zur Verfügung der Gesellschaft behufs Anknüpfung freundschaftlicher Beziehungen zu anderen Gesellschaften, Erwerbung von Kunden etc. zu halten.

* **Sonderzüge zur Leipziger Herbstmesse.** Die Bewältigung des Eisenbahnverkehrs zur Herbstmesse wird durch Einlage einer größeren Anzahl von Sonderzügen und Vorzügen bequemer und umfangreicher als bisher durchgeführt werden können. Vorläufig sind Meßsonderzüge ab München, Nürnberg, Stuttgart, Basel, Mannheim, Frankfurt (Main), Mainz, Köln, Düsseldorf, Münster (Westf.), Hamburg-Altona, Rostock, Berlin und Königsberg, sowie ab Amsterdam, Kopenhagen, Stockholm, Prag, Wien und Zürich in Aussicht genommen. Nach den gleichen Orten gehen Rückzüge ab Leipzig. Der Verkehr der Rücksonderzüge wird sich bis Sonntag nach Meßschluß ausdehnen.

* **Verbilligte Verpflegung der Leipziger Meßfremden.** Auf Veranlassung des Meßamts wird der „Studentische Mittagstisch" der Universität während der kommenden Herbstmesse im Konvikt, Leipzig, Ritterstraße 12, einen Mittags- und Abendtisch mit fester Speisenfolge einrichten. Das Mittagessen wird einschließlich Bedienung 14 M, das Abendessen 10 M kosten. Die Leiter des Unternehmens bieten Gewähr nicht nur für eine schmackhafte, sondern auch für eine auskömmliche Beköstigung. Es empfiehlt sich, Gutscheine für die einzelnen Mahlzeiten (Versand erfolgt nur gegen Nachnahme) schon jetzt bei der Verkehrsabte